

Vortrag Silvia Liebrich

22. März 2014

Notstand im globalen Supermarkt

Die einen werfen jedes Jahr 220 Millionen Tonnen Lebensmittel in den Müll, die anderen versuchen, von 1,25 Dollar am Tag zu leben. Weltweit ist Nahrung knapp und unfair verteilt, obwohl es noch nie mehr Wohlstand gab. Doch wenn ein Kilo Bananen im Supermarkt nur 70 Cent kostet, zahlt irgendwo irgendwer drauf.

Das Guinness Buch ist eine wundersame Welt voller kurioser Rekorde. Das größte Toast-Mosaik ist so einer. Mit 15 000 Scheiben Weißbrot haben Feuerwehrmänner vor zwei Jahren in der Nähe von München das Gesicht des Physikgenies Albert Einstein nachgezeichnet. Vier Stunden und 32 Toaster haben sie dafür gebraucht. Der größte Leberkäse wurde 2009 in Baden-Württemberg im Landkreis Biberach gebacken, 3118 Kilogramm schwer und mehr als 15 Meter lang. Neun Rinder und 28 Schweine haben ihr Leben gelassen.

Essen und Trinken gehören zu den beliebtesten Kategorien im Buch der Weltrekorde. Wer kann den größten Burger brutzeln, wer das meiste Bier trinken? Wer kann Tische decken, die sich unter der Last von Speisen biegen, wie in Grimms Märchen? Nahrung im Überfluss ist Sinnbild für ein gutes Leben, überall auf der Welt, in allen Kulturen. Der ewige Traum der Menschheit.

Doch nirgendwo wird er so gelebt wie in den Industriestaaten. Die Schattenseite der Genussskultur: Mehr als 220 Millionen Tonnen noch genießbarer Lebensmittel werden dort pro Jahr weggeworfen, schätzt die Welternährungsorganisation FAO. Eine Menge, die der Nahrungsmittelproduktion aller afrikanischen Länder südlich der Sahara entspricht.

Für einen großen Teil der Weltbevölkerung bleibt das Schlaraffenland ein unerfüllbarer Traum. Wo Nahrung knapp ist, wird aus dem schönen Leben schnell der nackte Kampf ums Überleben. Nie zuvor gab es so viel Wohlstand auf dieser

Erde und gleichzeitig so viele Menschen, die daran nicht teilhaben, stellt die Weltbank fest. 1,2 Milliarden Kinder, Frauen und Männer leben von weniger als 1,25 Dollar am Tag, etwa 90 Cent. Das ist die Schwelle, mit der extreme Armut definiert wird.

Die Weltbank hat auch ausgerechnet, dass etwa 125 Milliarden Euro pro Jahr notwendig wären, um allen Menschen über diese Schwelle zu helfen. Doch das sind Zahlenspiele. Keine Regierung erwägt, auch nur einen Teil dieses Betrages aufzubringen. Dabei wäre das ein Klacks, verglichen mit dem Schaden, den die Finanzkrise von 2008 angerichtet hat. Deren Kosten für die Weltwirtschaft werden auf bis zu acht Billionen Euro geschätzt.

Für viele Menschen in Entwicklungsländern fängt der Überlebenskampf erst jetzt so richtig an. Die Nahrungsgrundlage gerät zunehmend in Gefahr. Lebensnotwendige Ressourcen wie Wasser und Böden werden überstrapaziert. Weltweit geht immer mehr Ackerland verloren. Süßwasserreserven schwinden. Der Klimawandel bedroht die Ernten. Die Zeichen sind nicht zu übersehen. Die Preise für Agrarrohstoffe sind im vergangenen Jahrzehnt so stark gestiegen wie in den vorhergehenden fünf Jahrzehnten nicht. Das spüren auch die Deutschen. Lebensmittel werden teurer.

Was hierzulande das Haushaltsbudget schmälert, kann jedoch anderenorts rasch lebensgefährlich werden und Volksaufstände auslösen, wie 2007 die Tortillakrise in Mexiko. Eine Ursache war das zuvor abgeschlossene Freihandelsabkommen Nafta mit den nordamerikanischen Staaten. Mexikanische Bauern konnten nicht mit dem staatlich subventionierten Mais aus den USA konkurrieren. Plötzlich war das Land abhängig von Einfuhren. Und als der Biosprit-Boom die Maispreise in schwindelerregende Höhen trieb, brachte das viele Mexikaner in Existenznöte, weil die sich vor allem von Mais ernähren

Global haben sich die Preise für Nahrungsmittel seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt. Doch in ärmeren Ländern stiegen sie weitaus stärker als in den Industrieländern. In einigen Regionen Ostafrikas mussten die Menschen der FAO zufolge zeitweise sogar das Dreizehnfache ausgeben. Immer mehr Regierungen ärmerer Länder sehen sich nicht mehr in der Lage, ihre Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen.

Es herrscht Notstand im globalen Supermarkt. Beispiel Kenia. Ein Land, das nach afrikanischen Maßstäben durchaus als relativ wohlhabend gilt. Noch in den achtziger Jahren bauten die Bauern des afrikanischen Staates genug an, um den heimischen Bedarf zu decken. Heute muss Kenia knapp zwei Millionen Tonnen Weizen, Reis und Mais pro Jahr an den internationalen Agrarmärkten zukaufen, weil die heimischen Produzenten nicht genug liefern.

Für diese Entwicklungen sind die Wohlstandsnationen mitverantwortlich. Die Globalisierung, die auch den Lebensmittelsektor fest im Griff hat, wirft lange Schatten, vor allem in den Regionen der Erde, in denen es nicht viel zu verteilen gibt. Zugeben mag das in der westlichen Welt kaum jemand. Denn das käme einem Schuldgeständnis gleich. Industrieländer und Organisationen wie die Weltbank werden nicht müde, die Vorzüge der Globalisierung zu preisen.

Die einen sollen das produzieren, was die anderen brauchen. Getreide aus Europa und Amerika im Tausch gegen Luxusgüter wie Kaffee, Kakao oder Tropenfrüchte aus Entwicklungsländern. Die weltweite Arbeitsteilung schaffe Synergieeffekte, senke die Kosten. Der Abbau von Handelsschranken erleichtere den Warenaustausch und schaffe Wohlstand, heißt es. Und wir haben uns längst daran gewöhnt, Äpfel aus Chile, Steaks aus Argentinien, tropische Früchte aus Vietnam zu kaufen, zu jeder Jahreszeit und meist auch noch für einen Spottpreis. Grenzenloser Konsum, der kaum hinterfragt wird, Hauptsache billig.

Das für den reich gedeckten Tisch hierzulande anderenorts Wälder gerodet, Menschen von ihrem Land vertrieben, Böden und Grundwasser vergiftet und Arbeitskräfte mit Hungerlöhnen ausgebeutet werden, wollen wir lieber nicht so genau wissen. Doch es gibt sie, die Verlierer der Globalisierung, und die Reichen dieser Welt haben sie dazu gemacht.

Rosen statt Getreide

Zurück zum Beispiel Kenia: Während die Nahrungsmittelpreise für die Kenianer in den vergangenen Jahren stark stiegen, wuchsen die Löhne kaum mit. Dafür liefert das Land jetzt große Mengen Rosen in die ganze Welt. Herangezogen werden sie in riesigen Plantagen, mit Hilfe giftiger Pestizide und unter Arbeitsbedingungen, die manche Kritiker als moderne Sklaverei bezeichnen.

Doch wie ist es dazu gekommen? Vor 30 Jahren erzeugte Kenia noch genug Nahrungsmittel, dafür schob das Land einen Berg Schulden vor sich her. Der Internationale Währungsfonds und andere boten Kredite an, forderten dafür aber, dass das Land seine Agrarmärkte öffnet und Beihilfen für seine Bauern streicht. So kamen die Rosen ins Spiel. Große Plantagen sollten Kenia helfen, seine Schulden bei internationalen Geldgebern abzutragen. Doch seit den achtziger Jahren ist Kenias Schuldenberg um das Dreifache gewachsen. Die Blumen haben Kenia die Globalisierung gebracht, aber den meisten Kenianern nicht mehr Wohlstand. Dafür können wir nun im Supermarkt um die Ecke mitten im Winter ein Bündel Rosen ab drei Euro erstehen.

Beispiele wie diese gibt es unzählige, auch auf anderen Kontinenten. Viele Entwicklungsländer sind gefangen im Schuldenkreislauf der Globalisierung. Und die nächste Welle rollt bereits. Finanzinvestoren stürzen sich auf Agrarrohstoffe, schließen Wetten auf Mais, Weizen oder Zucker ab - und verschärfen so das Auf und Ab der Notierungen. In den Entwicklungsländern sichern sich internationale Anleger billiges Ackerland. Auch dies geschieht mit freundlicher Unterstützung von IWF und Weltbank. Die Regierungen seien nicht in der Lage, ihre Landwirtschaft selbst zu stärken, argumentieren sie. Deshalb sei die Hilfe von internationalen Anlegern und Agrokonzernen notwendig.

Grund und Boden wird zu Schleuderpreisen verpachtet, über Zeiträume von bis zu hundert Jahren. Der übliche Kurs in Ländern wie Kenia, Mosambik oder Sambia liegt bei einem Dollar pro Hektar und Jahr. Die Menschen, vor allem Kleinbauern, die vorher auf diesem Land gelebt haben, werden meist vertrieben, ohne Entschädigung. Bürgerrechtler sprechen von Landraub. Auf den so eroberten Äckern lassen die neuen Herren Gemüse, Obst oder Palmöl für den Weltmarkt produzieren. Betroffene Entwicklungsländer müssen in der Folge noch mehr Grundnahrungsmittel importieren.

Hinzu kommt, dass sie ihren internationalen Geschäftspartnern nicht gewachsen sind. Um Investoren in Schach zu halten, fehlt häufig die Rechtsgrundlage, und die Landnehmer haben bereits ein neues Mittel ersonnen, um ihre finanziellen Interessen zu zementieren. Mit Hilfe von Investitionsschutzabkommen erheben sie Anspruch auf millionenschwere Entschädigungen, sollten Entwicklungsländer ihre

Verträge nicht erfüllen. Ein fatales Druckmittel, das beim Handelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP), ebenfalls eine wichtige Rolle spielt.

Wetten auf Nahrungsmittel gelten im globalen Casino der Finanzmärkte als sichere Bank. Die Weltbevölkerung wächst, und die Lebensmittelproduktion kann kaum noch schritthalten. Das treibt die Preise nach oben. Deshalb fließt immer mehr Kapital unkontrolliert in den Agrarsektor. Dabei zeigt sich immer deutlicher: die Heilsversprechen der Globalisierung sind trügerisch. Es sind vor allem die reichen Länder, die profitieren.

Wenn ein Kilo Bananen in einem deutschen Supermarkt 70 Cent kostet, zahlt irgendwo jemand drauf. Solche Preise lassen sich nur erzielen, wenn etwa ein Plantagenbesitzer in Ecuador Niedriglöhne zahlt und keine Sozial- und Umweltstandards einhält. Aufrütteln lassen wir uns durch diese Missstände meist erst dann, wenn es Tote gibt, wie in den Textilfabriken Bangladeschs.

Die Globalisierung schafft gefährliche Abhängigkeiten für benachteiligte Länder. Unmittelbare und drastische Folge sind steigende Lebensmittelpreise. Damit Nahrung fair verteilt wird und bezahlbar bleibt, ist eine grundlegende Kurskorrektur notwendig. Zwar sind sich die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) einig, dass der Kampf gegen Hunger Vorrang haben muss. Doch unternommen haben sie dafür bislang kaum etwas.

Auch an der fragwürdigen Entwicklungshilfepolitik von IWF und Weltbank hat sich kaum etwas geändert. Dabei ist die nächste Hungerkrise nur eine Frage der Zeit. Vor mehr als 50 Jahren starben bei der wohl größten Katastrophe der Geschichte in China 15 bis 43 Millionen Menschen. Doch Rekorde wie dieser schaffen es nicht ins Guinness Buch. Sie sind nicht kurios und schon gar nicht unterhaltsam, sondern einfach nur tragisch.

Doch wie geht es nun weiter?

Wie lassen sich diese Probleme lösen?

Einfache Lösungen wird es nicht geben, so viel steht fest.

Lässt sich die Globalisierung, der Welthandel fairer gestalten? Und wenn ja, wie?

Fangen wir bei der Welthandelsorganisation und der Bali-Runde an:

Bis vor wenigen Monaten schien die Doha-Welthandelsrunde zum Scheitern verurteilt. Vor dem denkwürdigen Treffen in Bali schien es kaum noch Hoffnung zu geben, dass sich die mehr als 150 beteiligten Länder auf gemeinsame Handelsrichtlinien einigen können. Doch es ist anders gekommen. Obwohl das Ergebnis äußerst bescheiden war, überwog am Ende doch die Erleichterung. Die Botschaft von Bali lautet: Wir sind wollen es doch noch einmal ernsthaft versuchen miteinander.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Entwicklungsländer dürfen Getreide zu Vorratszwecken halten, damit sie etwa bei Krisen ihre Bevölkerung ernähren können. Das war schwer umstritten, vor allem die Industrieländer wollten das unterbinden. Das ist die gute Nachricht.
- Jetzt kommt aber die Einschränkung: Diese Vorratshaltung wird streng überwacht, die armen Länder müssen sich kontrollieren lassen.
- Und schließlich hat man sich darauf geeinigt, dass alle ihre Zollvorschriften veröffentlichen, plus einiger Regeln, die Zollabwicklung zu beschleunigen.

Das ist nicht viel, aber besser als gar nichts. Doch wie geht es nun weiter. Professor Noemi Gal-Or, die in Kanada Politik und internationales Recht lehrt kommt in einem Aufsatz für die Stiftung Entwicklung und Frieden zu folgender Einschätzung :

„Keine Kristallkugel kann darüber Auskunft geben, ob die WTO mit dem Bali-Paket dauerhaft wieder im Spiel sein wird. Globaler Multilateralismus ist noch nie der einzig gangbare Weg gewesen. ... In einer interdependenten Weltwirtschaft kann es daher ausreichen, dass das Bali-Paket die WTO vorläufig stärkt.

...

Tatsächlich ist das Bali-Paket nach Meinung einiger Experten kaum mehr als das notwendige Zeichen, der WTO in ihrer Rolle als globalem Streitschlichter in Handelsfrage weiterhin ausreichende Glaubwürdigkeit zu geben.“

...

Für mich stellt sich nun die Frage: In welchem Verhältnis steht die Welthandelsrunde zu umstrittenen Vorhaben wie dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP?

Professor Gal-Or sagt dazu: „Über das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU heißt es, es soll „das Abkommen des 21. Jahrhunderts werden.“

Der ganz große Wurf also.

Weiter sagt sie: „WTO-Mitglieder, die selbst mega-regionale Verhandlungen wie TPP oder TTIP führen, scheinen sich an den langsamen multilateralen Prozessen ebenso wenig gestört zu haben wie Länder in anderen Konstellationen wie die Brics und die mächtigsten Ökonomien (China oder die USA), die zusätzliche Handelsmöglichkeiten entwickeln.“ Zitat Ende.

Warum ist das so?

Ganz einfach: Weil die WTO-Runde keine Gefahr für sie darstellt!

Sie haben sich bereits aufgemacht, den Welthandel nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Die USA, Europa und China liefern sich einen Wettlauf. Dabei geht es um das große Ganze. Um Regularien, um Produktstandards und vieles mehr, also um die Frage, wer künftig bestimmt, nach welchen Regeln der weltweite Handel in Zukunft funktionieren wird. Und nicht nur der, betroffen sind alle Bereiche des täglichen Lebens, auch Bildung, Gesundheit und Kultur.

Jeder verhandelt mit jedem - und keiner weiß genau worüber, wie das amerikanische-europäische Abkommen TTIP zeigt. Alles streng geheim. Politiker versuchen, angetrieben von mächtigen Wirtschaftsinteressen, Fakten zu schaffen, die langfristig Bestand haben sollen. Lästige Bedenken von Bürgern stören da nur. Deshalb lässt man sie im Ungewissen. Parlamente dürfen am Ende nur noch nicken oder den Kopf schütteln, ändern können sie am Ausgehandelten nichts mehr. Demokratische Abstimmungs- und Kontrollprozesse stellt man sich anders vor.

Bleibt die Frage: Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer?

Das ist schwer zu sagen, komplexe Vorgänge wie diese lassen sich nicht einfach in verlässliche Rechenmodelle pressen, bei denen dann unter dem Strich ein Plus oder Minus steht. Fest steht jedoch, dass vor allem multinationale Konzerne die treibende Kraft hinter diesem bunten Reigen von Handelsabkommen sind. Sie versprechen sich höhere Umsätze und Gewinne. Am liebsten wäre es ihnen natürlich, wenn sie sich auf diesem Weg auch lästiger Vorschriften gesellschaftlicher Verpflichtungen entledigen können. Dazu gehören etwa Gesetze zum Schutz von Verbrauchern, Umwelt oder staatlicher Leistungen.

Sollte man also lieber keine völkerrechtlichen Verträge zur Förderung der Wirtschaft abschließen?

Nein, einfach nichts zu machen ist auch keine Lösung.

Besser machen lautet die Devise.

Es ist unbestritten, dass in der Regel alle Seiten profitieren können, wenn Handelsschranken fallen und der Warenaustausch erleichtert wird. Vorausgesetzt, keiner wird dabei benachteiligt. Doch die Globalisierung hat deutlich gemacht, wo die Grenzen liegen. Der Grundgedanke, dass alle am meisten Wohlstand erreichen, wenn jeder das macht, was er kann, ist blanke Theorie. Wie definiert man, wer es besser kann und was die Kriterien dafür sind? Entscheidend ist allein der Preis wirtschaftlicher Güter oder von Dienstleistungen.

Doch ist der ein fairer?

Meistens eben nicht.

Wenn Arbeiter in südamerikanischen Bananenplantagen so wenige Geld verdienen, dass sie davon ihre Familien nicht ernähren können, ist der Lohn kein fairer. Wenn Arbeiter in China oder Bangladesch wie Sklaven gehalten werden, um schicke Smartphones und Mode für verwöhnte Konsumenten in den Industrieländern herzustellen, ist auch das nicht fair. Unternehmen, die solche Produkte mit großen Gewinnspannen auf den Markt bringen, wälzen einen großen Teil der tatsächlichen Kosten auf andere ab. Internationale Firmen profitieren von schlechteren Schutzstandards in ärmeren Ländern. Etwa, wenn sie ungeklärtes giftiges Schmutzwasser in Flüsse leiten, ihren Arbeitern zu wenig zahlen und keine

Sozialleistungen erbringen. Aufkommen muss dafür am Ende die Allgemeinheit, also die Bürger. Reich werden dabei nur die Aktionäre.

Diese Ungerechtigkeiten für ärmere Länder und deren Bevölkerung werden durch Abkommen, wie sie die USA mit Europa oder den Pazifikstaaten planen, weder beseitigt noch gemildert. Im Gegenteil, sie werden sich noch verschärfen. Wer nicht im Club der Großen mitspielen darf, muss sich anpassen, er muss Kröten schlucken. Die Barrieren etwa für afrikanische Länder, Nahrungsmittel nach Europa zu liefern, werden dadurch eher höher als niedriger. Erleichterungen wird es nur dort geben, wo die Großen ihre Vorteile sehen. Etwa bei der Lieferung von Rohstoffen, die dringend benötigt werden, um die Expansion der Wirtschaft weiter voranzutreiben. Es ist deshalb zu befürchten, dass etwa das geplante Abkommen zwischen den USA und Europa die Kluft zwischen armen und reichen Ländern noch vergrößern wird.

Welches sind also die Alternativen?

Bilaterale Verhandlungen, wie sie die USA und Europa derzeit führen, sind für einen fairen Welthandel die falsche Bühne. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Welthandelsrunde wieder in Schwung kommt. Sie bildet ein entscheidendes Gegengewicht, und auch das Plenum, in dem sich die ärmeren Länder Gehör und auch mehr Rechte verschaffen können. Sicher ist, es wird ein hartes Ringen, aber eine besseren Weg gibt es nicht, wenn das Ziel eine fairere Ordnung für die Weltwirtschaft sein soll. Und diese faire Ordnung ist unverzichtbar. Armut birgt sozialen Sprengstoff. Fairer Handel kann einen wesentlichen Beitrag leisten, um den Weltfrieden zu sichern. Dafür werden jedoch alle Kompromisse machen müssen – und das gilt für die reichen Länder sicher mehr als die ärmeren.

ENDE